Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9382**

21. Wahlperiode 23.11.2026

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Michael Espendiller, Robin Jünger, Marcus Bühl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/9024 –

Erfüllungsaufwand der Verwaltung durch Regelungsvorhaben des Bundes je Ressort seit 2011

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach dem Jahresbericht 2026 des Nationalen Normenkontrollrats vom 8. Oktober 2026 ist der jährliche Erfüllungsaufwand der Verwaltung von Juli 2011 bis Juni 2026 um 6,3 Mrd. Euro gestiegen; im Berichtszeitraum Juli 2025 bis Juni 2026 wurde die Verwaltung um 0,4 Mrd. Euro entlastet. Eine Aufteilung nach Bund und Ländern weist dieser Bericht nicht aus. Nach dem Leitfaden des Statistischen Bundesamts zur Ermittlung des Erfüllungsaufwands (Februar 2026, S. 48) ist der Aufwand der Verwaltung je Vorhaben getrennt für Bund und Länder einschließlich Kommunen anzugeben. Die Schätzungen führt das Statistische Bundesamt in der Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands (OnDEA, § 8 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKRG)). Das Vorblatt der Bundestagsdrucksache 21/5874 vom 11. Mai 2026 weist diesen Aufwand getrennt für Bund und Länder aus und unterstellt ihn der „One in, one out“-Regel, die der Staatssekretärsausschuss „Staatsmodernisierung und Bürokratierückbau“ am 26. September 2025 auf die Verwaltung erweitert hat. Nach der Antwort der Bundesregierung zu Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 21/6390 sind dagegen „sämtliche Aufwendungen für Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung“ von der Regel ausgenommen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Statistische Bundesamt ist u. a. für die Pflege der Online-Datenbank zum Erfüllungsaufwand (OnDEA) zuständig. In OnDEA sind Regelungsvorhaben der Bundesregierung und die damit in Verbindung stehenden Vorgaben erfasst. Bei Regelungsvorhaben handelt es sich um alle Entwürfe von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Die Datenbank enthält zu den Regelungsvorhaben die Schätzungen des Erfüllungsaufwands, aufgegliedert nach den Aufwänden der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Verwaltung. Darunter sind Erfüllungsaufwände, die durch originär nationale Rechtssetzung sowie Umsetzung von EU-Recht verursacht sind. Für wesentliche Regelungsvorhaben wird

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung vom 23. November 2026 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

der Erfüllungsaufwand in der Regel zwei Jahre nach Inkrafttreten von Regelungen durch das Statistische Bundesamt validiert.

Die nachstehenden Aussagen der Bundesregierung zum Erfüllungsaufwand basieren auf diesen Daten.

1. Wie hoch ist der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand, der seit Beginn der Bilanzierung im Juli 2011 durch Regelungsvorhaben des Bundes bei der Verwaltung insgesamt entstanden ist (in Euro, nach dem Stand der Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands), welcher Betrag davon entfällt auf die Verwaltung des Bundes, und welcher auf die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen, wenn eine Aufteilung nach Bund und Ländern einschließlich Kommunen nicht vorliegt, aus welchen Gründen nicht, und welche Teildaten liegen hierzu vor?

Der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand, der seit Beginn der Bilanzierung im Juli 2011 durch Regelungsvorhaben des Bundes bis 30. September 2026 bei der Verwaltung insgesamt entstanden ist, beträgt ca. 3,1 Mrd. Euro.

Der Fokus der Erfüllungsaufwandsdatenbank liegt auf der Erfassung und Darstellung der gesamten Auswirkung der Bundesgesetzgebung. Im Rahmen dieser Gesamtbetrachtung wird nicht systematisch zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen unterschieden.

2. Wie hoch war die Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands der Verwaltung in jedem Kalenderjahr von 2011 bis 2025 (je Kalenderjahr oder, soweit die Daten so geführt werden, je Berichtszeitraum des Nationalen Normenkontrollrates mit Angabe des Zeitraums), soweit jeweils Werte vorliegen (bitte in Euro, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen tabellarisch mit den Spalten Jahr, Bund, Länder einschließlich Kommunen, Verwaltung gesamt angeben)?

   a) Wie hoch war der einmalige Erfüllungsaufwand der Verwaltung in den Kalenderjahren 2011 bis 2025, soweit jeweils Werte vorliegen (bitte in Euro, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen angeben)?

Die Fragen 2 und 2a werden gemeinsam beantwortet.

Die folgende Tabelle stellt die jährliche Veränderung des Erfüllungsaufwands sowie den einmaligen Erfüllungsaufwand der Verwaltung in den Kalenderjahren 2011 bis 2025 dar. Quelle ist die Datenbank des Statistischen Bundesamtes mit Stand 11. November 2026.

Jahr	**Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (Mio. Euro)**	**Einmaliger Erfüllungsaufwand (Mio. Euro)**
2011	12,2	18,8
2012	96,4	358,6
2013	216,0	331,2
2014	131,4	329,0
2015	-84,6	303,1
2016	994,8	672,8
2017	154,9	501,4
2018	84,5	123,0
2019	690,6	2 201,8
2020	1 096,5	3 279,9

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jahr	Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (Mio. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (Mio. Euro)
2021	601,2	2 283,3
2022	338,9	1 612,0
2023	657,1	3 487,7
2024	-247,7	-127,7*
2025	-1 498,0	844,8

*) eingesparter einmaliger Erfüllungsaufwand

b) Für welche Kalenderjahre von 2011 bis 2025 liegen jeweils keine getrennten Werte für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen vor, und aus welchen Gründen nicht?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Liegen die in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 21/7659 angekündigten validierten Ergebnisse mit Einzelangaben bis auf die Ebene der Ressorts inzwischen vor, und wie hoch ist in ihnen der jährliche Erfüllungsaufwand der Verwaltung aus den Gesetzesvorhaben der 21. Legislaturperiode je Ressort, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen (bitte in Euro tabellarisch mit den Spalten Ressort, Bund, Länder einschließlich Kommunen, Verwaltung gesamt angeben)?

a) Wie hoch ist in diesen Ergebnissen der einmalige Erfüllungsaufwand der Verwaltung je Ressort, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen (bitte in Euro angeben)?

Die Fragen 3 und 3a werden gemeinsam beantwortet.

Die in der Antwort auf Frage 3 der Bundestagsdrucksache 21/7659 noch laufende Datenaufbereitung ist weitestgehend abgeschlossen. Nachfolgend werden die Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands sowie der einmalige Erfüllungsaufwand der Verwaltung aus den Gesetzesvorhaben der 21. Legislaturperiode bis einschließlich drittes Quartal 2026 je Ressort ausgewiesen. Darunter sind Erfüllungsaufwände, die durch originär nationale Rechtssetzung sowie durch Umsetzung von EU-Recht verursacht sind. Quelle ist die Datenbank des Statistischen Bundesamtes mit Stand 11. November 2026.

Ressort	Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (Mio. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (Mio. Euro)
BMF	29,8	199,5
BMI	832,5	404,3
AA	-1,0	0
BMVg	64,2	0,2
BMWE	-629,9	514,2
BMFTR	8,3	4,1
BMJV	13,0	218,5
BMBFSFJ	-6,9	20,7
BMAS	68,7	46,9
BMDS	-64,8	246,4
BMV	18,3	188,2
BMUKN	-15,3	17,1

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ressort	**Änderung des jährlichen Erfüllungsaufwands (Mio. Euro)**	**Einmaliger Erfüllungsaufwand (Mio. Euro)**
BMG	-136,9	23,7
BMLEH	4,1	21,6
BMZ	0	0
BMWSB	-1 811,3	-11,8*
BKM	0,3	0,1
BKAmt	6,3	0
in Klärung	1,2	2,5
Insgesamt	**-1 619,4**	**1 896,3**

*) eingesparter einmaliger Erfüllungsaufwand

b) Wenn nein, bis wann werden die validierten Ergebnisse vorliegen?

Entfällt.

c) Wenn die validierten Ergebnisse vorliegen, eine Aufteilung nach der Verwaltung des Bundes und der Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen darin aber nicht enthalten ist, aus welchen Gründen nicht?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Wie hoch war der jährliche Erfüllungsaufwand der Verwaltung je Ressort in den Bilanzierungszeiträumen Dezember 2021 bis März 2025 und Juli 2011 bis Dezember 2021 (bitte in Euro tabellarisch je Ressort und Zeitraum, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen angeben)?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Seit Beginn der Bilanzierung im Juli 2011 wird in der Datenbank des Statistischen Bundesamtes ausschließlich die Veränderung des Erfüllungsaufwands der Verwaltung durch Regelungsvorhaben des Bundes erfasst. Eine Messung des Erfüllungsaufwands der Verwaltung aus bestehendem Bundesrecht wurde nicht durchgeführt. Daher liegen keine Angaben zum gesamten jährlichen Erfüllungsaufwand der Verwaltung aus allen bundesrechtlichen Vorschriften vor.

a) Wie hoch war der einmalige Erfüllungsaufwand der Verwaltung je Ressort in diesen beiden Zeiträumen (bitte in Euro, jeweils getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen angeben)?

Um eine doppelte Berücksichtigung der einmaligen Erfüllungsaufwände aus Regelungsvorhaben mit Beschlussdatum „Dezember 2021“ zu vermeiden, werden die Berichtszeiträume in den nachfolgenden Auswertungstabellen anhand des Beginns der 20. Legislaturperiode am 8. Dezember 2021 abgegrenzt.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Höhe des einmaligen Erfüllungsaufwands der Verwaltung je Ressort in den Bilanzierungszeiträumen 1. Juli 2011 bis 7. Dezember 2021 und 8. Dezember 2021 bis 31. März 2025. Quelle ist die Datenbank des Statistischen Bundesamtes mit Stand 11. November 2026.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ressort	**Einmaliger Erfüllungsaufwand 01.07.2011 bis 07.12.2021 (Mio. Euro)**
AA	24,2
BKAmt	417,2
BKM	8,5
BMAS	1 117,6
BMBF	19,3
BMDV	1,1
BMEL	122,8
BMELV	1,6
BMF	1 667,5
BMFSFJ	116,3
BMG	225,3
BMI	4 130,8
BMJ	83,3
BMJV	117,0
BMU	42,1
BMUB	60,2
BMUKN	0,1
BMUV	7,7
BMV	0,1
BMVBS	38,7
BMVI	1 895,4
BMVg	74,8
BMWK	0,3
BMWSB*	3,2
BMWi	224,5

Ressort	**Einmaliger Erfüllungsaufwand 08.12.2021 bis 31.03.2025 (Mio. Euro)**
AA	0,0
BKAmt	10,0
BKM	1,3
BMAS	222,9
BMBF	55,7
BMBFSFJ	0,8
BMDS	0,0
BMDV	141,5
BMEL	109,4
BMF	811,9
BMFSFJ	15,6
BMFTR	0,0
BMG	306,7
BMI	1 028,3
BMJ	90,0
BMJV	99,7
BMLEH	0,5
BMUKN	5,3
BMUV	219,3
BMV	0,1
BMVg	0,0
BMWE	0,2
BMWK	1 673,6
BMWSB*	183,7

*) Das BMWSB wurde als eigenständiges Ressort am 8. Dezember 2021 gebildet.

b) Wenn eine Aufstellung getrennt nach Bund und Ländern einschließlich Kommunen für diese Zeiträume nicht vorliegt, aus welchen Gründen nicht, und welche Angaben liegen zum Erfüllungsaufwand der Verwaltung gesamt je Ressort für diese Zeiträume vor?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Welche zehn Regelungsvorhaben seit Dezember 2021 haben den höchsten jährlichen Erfüllungsaufwand für die Verwaltung des Bundes verursacht (nach den Daten der Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands, bitte als Tabelle mit Titel des Vorhabens, federführendem Ressort, Datum des Kabinettsbeschlusses, jährlichem und einmaligem Erfüllungsaufwand der Verwaltung des Bundes, jeweils in Euro, hilfsweise die zehn Vorhaben mit dem höchsten Erfüllungsaufwand der Verwaltung gesamt unter Angabe des auf den Bund entfallenden Anteils als eigene Tabelle, nicht durch Verweis auf die Online-Datenbank angeben)?

Die Angaben können ausschließlich für die gesamte Verwaltung ausgewiesen werden (vgl. Antwort bei Frage 1). Die nachstehende Tabelle weist die zehn Vorhaben aus, die in der Datenbank zum Erfüllungsaufwand den höchsten jährlichen Erfüllungsaufwand für die Verwaltung ausweisen. Darunter sind Vorhaben, deren Erfüllungsaufwand validiert wurde, d. h. eine Nachmessung erfolgt ist, und Vorhaben, zu denen ausschließlich Ex-ante-Werte erfasst sind und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

deren tatsächliche Belastung auch aufgrund nachfolgender Regelungsvorhaben der Bundesregierung deutlich geringer sein kann als die geschätzte Belastung, wie dies z. B. beim Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes der Fall ist. Die Angaben in der Datenbank entsprechen mithin nicht notwendigerweise den tatsächlichen Aufwänden der Verwaltung.

Bezeichnung des Regelungsvorhabens	**Federführendes Ressort**	**Datum des Kabinettbeschlusses**	**Jährlicher Erfüllungsaufwand – Differenz (Tsd. Euro)**	**Einmaliger Erfüllungsaufwand (Tsd. Euro)**
Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung	BMWE	19.04.2023	376 692	1 317 067
Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstrechts	BMI	12.08.2026	345 687	186 600
Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes	BMWE	19.04.2023	338 400	423 605
Gesetz zur Modernisierung des Bundespolizeigesetzes	BMI	08.10.2025	186 563	17 966
Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden	BMJV	27.07.2022	164 685	71 748
Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung	BMI	30.07.2025	118 954	63 282
Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes	BMVg	27.08.2025	101 360	5 241
Zweites Gesetz zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen	BMF	26.10.2022	90 793	100 191
Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung	BMF	06.08.2025	79 362	27 286
Gesetz zur Beschleunigung des Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren	BMI	02.11.2022	74 515	79

6. Wie verteilt sich die vom Nationalen Normenkontrollrat für den Berichtszeitraum Juli 2024 bis Juni 2025 ausgewiesene Entlastung der Verwaltung um rund 1,7 Mrd. Euro (Bundestagsdrucksache 21/3050) nach den Daten der Bundesregierung auf die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen (bitte in Euro angeben)?

Für den Zeitraum Juli 2024 bis Juni 2025 hat der Nationale Normenkontrollrat (NKR) einen jährlichen Erfüllungsaufwand von 73,2 Mio. Euro für die Bundesverwaltung und -1,77 Mrd. Euro (Entlastung) für die Verwaltung der Länder und Kommunen bilanziert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

a) Welche Regelungsvorhaben dieses Berichtszeitraums entlasten oder belasten die Verwaltung des Bundes, und in welcher Höhe jeweils (bitte in Euro tabellarisch mit Vorhaben, federführendem Ressort und Betrag angeben)?

Siehe Anlage.*

b) Wenn eine solche Aufteilung nicht vorliegt, aus welchen Gründen nicht?

Entfällt.

7. Unterliegt der Erfüllungsaufwand der Verwaltung seit dem Beschluss des Staatssekretärsausschusses „Staatsmodernisierung und Bürokratierückbau“ vom 26. September 2025 der „One in, one out“-Regel (bitte mit Ja oder Nein antworten und das Datum angeben, ab dem die Erweiterung auf Regelungsvorhaben angewendet wird)?

   a) Wenn ja, aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 21/6390 mitgeteilt, sämtliche Aufwendungen für die Verwaltung seien von der Regel ausgenommen, und hält sie an dieser Aussage fest?

   b) Wenn nein, aus welchen Gründen weist das Vorblatt der Bundestagsdrucksache 21/5874 den Erfüllungsaufwand der Verwaltung als der erweiterten „One in, one out“-Regel unterliegend aus?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Bei der „One in, one out”-Regel hat der Staatssekretärsausschuss Staatsmodernisierung und Bürokratierückbau eine grundlegende Erweiterung des Anwendungsbereichs beschlossen, der nunmehr auch den Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung erfasst (zuvor nur Erfassung des Erfüllungsaufwands der Wirtschaft). Die erweiterte „One in, one out“-Regel gilt rückwirkend für alle Vorhaben, die seit dem 6. Mai 2025 von der Bundesregierung beschlossen wurden.

8. Wo, und in welchem Turnus weist die Bundesregierung die Bilanz der auf den Adressaten Verwaltung erweiterten „One in, one out“-Regel öffentlich aus (vgl. hierzu die Bestätigung der Erweiterung auf die Verwaltung in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 21/7659)?

   a) Wie hoch ist der Saldo der „One in, one out“-Bilanz für den Adressaten Verwaltung seit der Erweiterung der Regel auf die Verwaltung mit Beschluss des Staatssekretärsausschusses „Staatsmodernisierung und Bürokratierückbau“ vom 26. September 2025 (bitte in Euro, getrennt für die Verwaltung des Bundes und die Verwaltung der Länder einschließlich Kommunen sowie je Ressort angeben)?

Die Fragen 8 und 8a werden gemeinsam beantwortet.

Die Veröffentlichung der Bilanz zur „One in, one out“-Regel erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung nach § 7 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats (NKRG). Die aktuellen Zahlen können dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Staatsmodernisierung 2026 entnommen werden (Seite 74 des Berichts). Dieser ist online abrufbar unter: https://www.digitale-verwaltung.de/SharedDocs/downloads/Webs/DV/DE/Kur

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/9382 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zmeldungen/2026/Bericht_Staatsmodernisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Eine getrennte Erfassung oder Darstellung des Erfüllungsaufwands für Bundes- und Landesverwaltungen erfolgt im Rahmen der „One in, one out“-Bilanz nicht.

b) Bis wann beabsichtigt die Bundesregierung die nach der Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 21/7659 innerhalb der Bundesregierung noch ausstehende Entscheidung über die „One in, two out“-Regel zu treffen?

Die Bundesregierung evaluiert die Wirksamkeit der bereits beschlossenen Änderungen bis Herbst 2027 und entwickelt die „One in, one out“-Regel zu einer „One in, two out“-Regel fort.

9. Mit welcher Messgröße und auf Basis welches Ausgangswerts (in der Antwort zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 21/7659 führt die Bundesregierung aus, der Zielbetrag von mindestens 10 Mrd. Euro entspreche keinem ermittelten Gesamtbestand) wird gleichwohl der Beitrag des Adressaten Verwaltung zu diesem Ziel gemessen?

Messgröße des Beitrags des Adressaten Verwaltung zu dem Gesamtrückbauziel von zehn Milliarden Euro ist die Summe der Veränderungen des Erfüllungsaufwands aus allen Regelungsvorhaben der Bundesregierung der 21. Legislaturperiode. Der Ausgangswert beträgt Null Euro – beim Beitrag der Verwaltung zum Rückbauziel werden also keine Veränderungen des Erfüllungsaufwands aus vorherigen Legislaturperioden berücksichtigt.

a) Ist das Gesamtziel auf die Adressaten Wirtschaft, Bürger und Verwaltung aufgeteilt, und wenn ja, in welcher Höhe je Adressat (bitte in Euro angeben)?

b) Sind die ressortspezifischen Rückbauziele inzwischen festgelegt, und wenn ja, nach welchem Schlüssel und in welcher Höhe sind sie für den Adressaten Verwaltung festgelegt (vgl. die Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 21/7659)?

Die Fragen 9a und 9b werden gemeinsam beantwortet.

Die Rückbauziele und die Beiträge der Ressorts zur Erreichung dieser Rückbauziele sind bzw. werden nicht auf Normadressaten aufgeteilt.

10. Setzt die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur 21. Legislaturperiode vereinbarten Ziele, die Verwaltungsausgaben um 10 Prozent zu senken und Stellen um 8 Prozent abzubauen (vgl. www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, Zeilen 1683 ff.), in Bezug zum Erfüllungsaufwand, den Bundesrecht bei der Verwaltung verursacht, und wenn ja, an welcher Messgröße wird die Erreichung dieser Ziele beim Erfüllungsaufwand der Verwaltung gemessen?

Das im Koalitionsvertrag genannte Ziel, die sächlichen Verwaltungsausgaben aller Einzelpläne (Sicherheitsbehörden ausgenommen) mit dem Ziel eines Abbaus von zehn Prozent bis 2029 zu reduzieren, bezieht sich nicht auf den Erfüllungsaufwand, den Bundesrecht bei der Verwaltung verursacht. Gleiches gilt für die haushaltsgesetzliche Stelleneinsparung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

a) Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

b) Auf welche Bezugsgröße beziehen sich die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten 10 Prozent der Verwaltungsausgaben und 8 Prozent der Stellen (vgl. www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, Zeilen 1683 ff.; Bestand welches Jahres sowie Abgrenzung der Verwaltungsausgaben und der Stellen)?

Fie Fragen 10a und 10b werden gemeinsam beantwortet.

Zur Absenkung der Verwaltungsausgaben wird auf das Haushaltsaufstellungsrundschreiben zum 2. Entwurf des Bundeshaushalts 2025, der Eckwerte 2026 bis 2029, des RegE 2026 und des Finanzplans bis 2029, S. 3 verwiesen (https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2025/soll/Aufstellungsrundschreiben_2._RegE_2025_und_Entwurf_2026%20-%20gesamt.pdf). Dem Stellenabbau in der Bundesverwaltung um acht Prozent liegt eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag zugrunde. Die haushaltsgesetzliche Stelleneinsparung bezieht sich auf die im Bundeshaushaltsplan ausgebrachten Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

c) Wie viele Planstellen und Stellen sind im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 2027 als neu ausgebrachte Planstellen und Stellen nach § 17 Absatz 1 Satz 2 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2027 (Bundestagsdrucksache 21/7300) nicht in die Berechnungsgrundlage der Stelleneinsparung einbezogen (bitte je Einzelplan angeben)?

Die neuen Stellen können dem genannten Entwurf des Bundeshaushaltsplans entnommen werden (siehe jeweils im Personalhaushalt die Planstellen-/Stellenübersicht, Spalte „Neue Stellen, Stellenwegfall“).

11. Wie viele Regelungsvorhaben und Vorgaben hat das Statistische Bundesamt in jedem Kalenderjahr seit 2011 im Rahmen der Ex-post-Nachmessung des Erfüllungsaufwands nachgemessen (bitte je Kalenderjahr die Zahl der nachgemessenen Regelungsvorhaben und der nachgemessenen Vorgaben angeben), auf wie viele dieser Nachmessungen entfiel der Erfüllungsaufwand der Verwaltung (bitte je Kalenderjahr angeben)?

Ex-post-Validierungsmessung von Regelungsvorhaben mit Erfüllungsaufwand werden seit dem Kalenderjahr 2014 durchgeführt. Die nachstehenden Tabellen zeigen die Anzahl der Vorhaben und Vorgaben, die in den jeweiligen Kalenderjahren nachgemessen wurden. Quelle ist die Datenbank des Statistischen Bundesamtes mit Stand 11. November 2026.

Jahr	**Anzahl der nachgemessenen Regelungsvorhaben**	**Anzahl der nachgemessenen Regelungsvorhaben mit Verwaltungsvorgaben**
2014	2	1
2015	50	33
2016	67	56
2017	61	54
2018	68	52
2019	80	65
2020	59	51
2021	64	59
2022	61	55
2023	63	58
2024	21	17

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jahr	**Anzahl der nachgemessenen Regelungsvorhaben**	**Anzahl der nachgemessenen Regelungsvorhaben mit Verwaltungsvorgaben**
2025	39	35
2026	45	41
Insgesamt	**680**	**577**

Jahr	**Anzahl der nachgemessenen Vorgaben**	**Anzahl der nachgemessenen Vorgaben des Normadressaten Verwaltung**
2014	27	11
2015	659	173
2016	1 548	473
2017	937	406
2018	1 193	513
2019	1 911	613
2020	1 765	804
2021	1 730	621
2022	1 443	498
2023	1 670	609
2024	449	197
2025	870	298
2026	1 043	507
Insgesamt	**15 245**	**5 723**

12. Welche Regelungsvorhaben, deren Erfüllungsaufwand der Verwaltung seit Dezember 2021 ex post nachgemessen wurde, weisen welchen ex ante geschätzten und welchen ex post gemessenen jährlichen Erfüllungsaufwand der Verwaltung auf (bitte tabellarisch mit Vorhaben, federführendem Ressort, ex ante geschätztem und ex post gemessenem Betrag, jeweils in Euro angeben), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dazu, ob die Schätzungen den Erfüllungsaufwand der Verwaltung im Durchschnitt über- oder unterschätzen, und wenn solche Erkenntnisse nicht vorliegen, aus welchen Gründen nicht?

Die Regelungsvorhaben, die seit Dezember 2021 nachgemessen wurden, können der Anlage entnommen werden.* Bei den seit Dezember 2021 nachgemessenen Regelungsvorhaben zeigt sich, dass der Erfüllungsaufwand der Verwaltung bei rund 46 Prozent der Regelungsvorhaben überschätzt und in je rund 27 Prozent der Fälle korrekt geschätzt bzw. unterschätzt wurde. In dieser Betrachtungsweise wird der Erfüllungsaufwand der Verwaltung im Durchschnitt (Median) korrekt geschätzt.

13. Wird bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der Haushaltsaufstellung, eine Übersicht über die in Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen der Bundesregierung ausgewiesenen Mehrbedarfe an Planstellen und Stellen der Bundesverwaltung geführt (bitte mit Ja oder Nein antworten)?

Nein.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/9382 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

a) Wenn ja, in wie vielen Entwürfen wurden seit Dezember 2021 solche Mehrbedarfe ausgewiesen, und wie hoch war der ausgewiesene Mehrbedarf insgesamt (bitte je Kalenderjahr die Zahl der Entwürfe sowie die Summe der ausgewiesenen Planstellen und Stellen angeben)?

Entfällt.

b) Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Die in den Entwürfen der Regelungsvorhaben ausgewiesenen Mehrbedarfe basieren auf den Wirkungen, die sich aus den in den Entwürfen vorgesehenen Regelungen ergeben. Diese können von den Auswirkungen der vom Gesetzgeber beschlossenen Regelungen abweichen. Darüber hinaus können einzelne Regelungsvorhaben den Haushaltsaufstellungsverfahren nicht vorgreifen.

14. Welche zehn seit Dezember 2021 vorgelegten Regelungsvorhaben weisen den höchsten ausgewiesenen Mehrbedarf an Stellen und Planstellen der Bundesverwaltung auf (bitte tabellarisch mit Vorhaben, federführendem Ressort und Zahl der ausgewiesenen Stellen und Planstellen angeben; hilfsweise für die zehn Regelungsvorhaben mit dem höchsten jährlichen Erfüllungsaufwand für die Verwaltung des Bundes nach Frage 5)?

a) Wurden die dabei je Vorhaben ausgewiesenen Stellen und Planstellen in den Haushaltsplänen und Haushaltsentwürfen der Jahre 2022 bis 2027 eingestellt (bitte je Vorhaben Einzelplan, Kapitel und Haushaltsjahr angeben), und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Die Fragen 14 und 14a werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

b) Wie viele der 1 275,59 Planstellen und Stellen, die die Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS (Network and Information Security)-2-Richtlinie als Gesamtsumme der Planstellen und Stellen des Bundes im Finanzplanzeitraum ausweist (Bundestagsdrucksache 21/1501, S. 100), sind in den rund 380 Stellen enthalten, die dieselbe Begründung als dauerhaften Personalbedarf der Behörden im Erfüllungsaufwand der Verwaltung des Bundes ausweist (Bundestagsdrucksache 21/1501, S. 117), und auf welche Einzelpläne, Behörden und Aufgaben entfallen die übrigen Planstellen und Stellen (bitte tabellarisch mit Einzelplan, Behörde, Aufgabe und Zahl der Planstellen und Stellen angeben)?

Die auf Seite 117 der Bundestagsdrucksache 21/1501 genannten rund 380 Stellen sind der im Rahmen des Erfüllungsaufwandes für den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung geschätzte dauerhafte Personalbedarf aus den an die Bundesverwaltung gerichteten Vorgaben zur Wahrung der IT-Sicherheit (Vorgaben 4.3.1 bis 4.3.4 des Gesetzentwurfs). Weitere einmalige und dauerhafte Personalbedarfe im Rahmen des Erfüllungsaufwandes sind den Ausführungen zum Erfüllungsaufwand in der Gesetzesbegründung zu entnehmen.

Die unter A. VI.3.a. der Begründung auf Seite 100 der Bundesdrucksache genannte Zahl von insgesamt 1 275,59 Planstellen und Stellen im Finanzplanzeitraum beziffert dagegen die im Rahmen der Ermittlung der zusätzlichen „Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand“ ermittelte Veränderung der Stellenpläne für Planstellen und Stellen für den gesamten Gesetzentwurf.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Der Erfüllungsaufwand umfasst gemäß § 2 NKRG den gesamten messbaren Zeitaufwand und die Kosten, die durch die Befolgung einer bundesrechtlichen Vorschrift bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen, einschließlich der Bürokratiekosten. Zum Erfüllungsaufwand der Verwaltung gehören der Vollzugsaufwand und der Aufwand für das fiskalische Handeln der Verwaltung als Normadressat. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand sind hingegen alle haushalterischen Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, unabhängig davon, ob sie durch die geplanten Maßnahmen selbst oder durch den die Maßnahmen begleitenden Verwaltungsaufwand hervorgerufen werden. Der Berechnung des Erfüllungsaufwands und der Berechnung der Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte werden insofern auch unterschiedliche Methodiken zugrunde gelegt und die Ermittlung erfolgt unabhängig voneinander.

Vor diesem Hintergrund ist die Beantwortung der Frage, wie viele der im Rahmen der Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand ausgewiesenen insgesamt 1.275,59 Planstellen und Stellen des Bundes im Finanzplanzeitraum in den rund 380 Stellen enthalten sind, die auf Seite 117 der Bundestagsdrucksacke 21/1501 im Rahmen des Erfüllungsaufwandes als dauerhafter Personalbedarf der Einrichtungen der Bundesverwaltung aus den Vorgaben zur Wahrung der IT-Sicherheit genannt ist, bereits in der Sache nicht möglich und entsprechend kann auch die Frage nach einer Aufstellung der „übrigen Planstellen und Stellen“ in dieser Form nicht beantwortet werden. Es handelt sich um unterschiedliche Messwerte, die auf Basis unterschiedlicher Methodiken ermittelt wurden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Anhang zu Frage 6a

Quelle: NKR Datenbank

Titel	Ressort[1]	Erfüllungsaufwand Verwaltung Bund - jährlich (Euro)
Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen	BMUKN	- 4.745.850
Verordnung über die Meisterprüfung in den Teilen I und II im Feinwerkmechaniker-Handwerk	BMWE	5.000
Verordnung über die Meisterprüfung in den Teilen I und II im Metallbauer-Handwerk	BMWE	8.000
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP	BMF	5.062.000
Rechtsverordnung zur energiestatistischen Erhebung von Wasserstoff und Ammoniak	BMWE	74.000
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Förderungen von Maßnahmen im Sektor Wein	BMLEH	74.400
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst sowie zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an die Verordnung (EU) 2023/2631 über europäische grüne Anleihen	BMF	25.000
Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR	BMJV	817.000
Verordnung zur Durchführung der Verkehrsunternehmensdatei nach dem Güterkraftverkehrsgesetz	BMV	5.500.000
Verordnung zur Änderung der Verordnungen über die Vorbereitungsdienste für die Laufbahnen des Bankdienstes der Deutschen Bundesbank	BMF	- 44.000
Siebte Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz	BMF	6.000
Neunte Verordnung zur Änderung der Trennungsgeldverordnung	BMI	8.000
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft und zur Änderung von Vorschriften für die Bundeswehr	BMVg	1.285.700
Entwurf eines Gesetzes zur periodengerechten Veranschlagung von Zinsausgaben im Rahmen der staatlichen Kreditaufnahme und eines Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung	BMF	35.000

[1] Die Ressortbezeichnungen entsprechen den aktuellen Bezeichnungen. Sie können von den Bezeichnungen zum Zeitpunkt der Kabinettsbefassung abweichen.

Verordnung zur Vergabe steuerlicher Wirtschafts-Identifikationsnummern	BMF	264.000
Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Verwaltungsinformatikdienst des Bundes	BMF	193.000
Entwurf einer Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP zu Neuregelungen zur Umsetzung von rentenpolitischen Maßnahmen der Wachstumsinitiative der Bundesregierung	BMAS	15.700.000
Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP Zu Artikel 1 /Änderung des Stromsteuergesetzes, Artikel 2 / Änderung des Energiesteuergesetzes	BMF	104.000
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinien über Standards für Gleichbehandlungsstellen	BMBFSFJ	953.000
Verordnung zur Bereinigung der Namensschreibweise im Meldewesen sowie weiterer Änderungen	BMI	60.000
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG	BMWE	670.000
Verordnung zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie	BMJV	- 38.600
Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der GAP-Konditionalitäten-Verordnung	BMLEH	850
Entwurf einer Verordnung zur weiteren Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft und zur Änderung von Vorschriften für die Bundeswehr	BMVg	211.345
Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP "Neuregelungen im SGB II und SGB III zur Umsetzung von Vorhaben der Wachstumsinitiative im Bereich Arbeitsmarkt"	BMAS	8.900.000
Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Behandlung von lediglich mit E-Fuels betreibbaren Kraftfahrzeugen	BMF	4.000
Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit Regelungen im SGB II und SGB III einschl KI	BMAS	1.565.000
Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung	BMI	- 913.000
Zweite Verordnung zur Änderung der Marktstammdatenregisterverordnung	BMWE	6.510
Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung	BMAS	- 800.000
Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung	BMV	- 1.400.000
1. Verordnung zur Umsetzung des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes	BMG	548.000

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzbildung / Änderung des Gesetzes über die Ausprägung einer 1-DM-Goldmünze und die Errichtung der Stiftung "Geld und Währung"	BMF	280.000
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Anlegerschutzes bei Vermögensanlagen	BMF	98.000
Kriegsbedingte Wohnsitzfortgeltungsverordnung	BMI	50.000
Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt	BMBFSFJ	187.000
Formulierungshilfe zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	BMF	319.000
Verordnung zur Festlegung der zuständigen Behörden für die Erlaubnis und Überwachung des Umgangs mit Cannabis zu wissenschaftlichen Zwecken nach dem Konsumcannabisgesetz	BMLEH	550.000
Sechste Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung	BMAS	18.600.000
Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes	BMUKN	2.000
Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Wirtschaftsprüferordnung	BMWE	69.000
Verordnung zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung beim Bundesamt für Justiz in Verfahren zur Vollstreckung von Geldforderungen nach dem Deutsch-Schweizerischen Polizeivertrag	BMJV	- 375.940
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	BMWE	
Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Digitalisierung des Visumverfahrens	BMI	6.100.000
Vierte Verordnung zur Änderung der Energiesteuer- und der Stromsteuer-Durchführungsverordnung	BMF	- 85.000
Verordnung zur arbeits- und sozialrechtlichen Beratung von Drittstaatsangehörigen	BMAS	260.000
Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung zur Erweiterung von Langzeitkonten in der Bundespolizei	BMI	33.600
Zwölfte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung	BMV	3.500
Achte Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz	BMF	10.000
Erste Verordnung zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA	BMWE	2.520
Zweite Verordnung zur Änderung der digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung	BMG	79.000
Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrzeug-Zulassungsverordnung über die Zulassungsbescheinigung Teil I	BMV	11.800.000
Dritte Verordnung zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr für individuell zurechenbare	BMV	3.000

öffentliche Leistungen auf dem Gebiet der Verwaltung der Wasserstraßen und der Schifffahrtsverwaltung		
Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften zur Erprobung von Kraftfahrzeugen mit ferngelenkter Fahrfunktion	BMV	150.000
Erste Verordnung zur Änderung der Bundespolizei-Heilfürsorgeverordnung	BMI	1.500.000
Fünfte Verordnung zur Änderung der Naturschutzgebietsbefahrensverordnung	BMV	1.700
Verordnung über die Laufbahnen der Bundesbankbeamtinnen und Bundesbankbeamten	BMF	- 100.000
Erste Verordnung zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung des Auswärtigen Amts für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in dessen Zuständigkeitsbereich	AA	- 950.000
SEG-Anpassungsverordnung 2025	BMVg	36.640
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßen-Überleitungsgesetzes	BMV	- 28.000
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542	BMUKN	458.120
Verordnung zur Neuordnung des Ladesäulenrechts	BMWE	20.000
Verordnung zur Neuordnung der Meisterprüfung im Augenoptiker-Handwerk	BMWE	- 26.000

Anhang zu Frage 12
Nachgemessene Regelungsvorhaben seit Dezember 2021; geschätzte und validierte Erfüllungsaufwandsänderungen der Verwaltung, sortiert nach Beschlussdatum des Regelungsvorhabens

Bezeichnung des Regelungsvorhabens	Federführendes Ressort	Ex ante geschätzte Erfüllungsaufwandsänderung (saldierte Änderung; Tsd. Euro)	Ex post validierte Erfüllungsaufwandsänderung (saldierte Änderung; Tsd. Euro)	Differenz validierte und geschätzte Erfüllungsaufwandsänderung (saldierte Änderungen; Tsd. Euro)
Verordnung zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zur Seeschifffahrt	BMVBS	30	30	0
Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten	BMJV	700	-24 844	-25 544
Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	BMI		0	0
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	BMG	592	2 065	1 473
Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes	BMUB	19 978	14 069	-5 909
Gesetz zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie	BMUB	5 436	950	-4 487
Verordnung zur Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und über bergbauliche Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie und Tiefbohrungen	BMWi	2 138	0	-2 138
Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz - KHSG)	BMG	665	526	-139
Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts	BMWi	-198 076	-99 994	98 081
Gesetz zur Änderung des Hochschulstatistikgesetzes	BMBF	1 010	949	-60
Verordnung über technische Mindestanforderungen an den sicheren und interoperablen Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten für Elektromobile	BMWi	302	138	-164
Verordnung über die Arbeitszeit der Soldatinnen und Soldaten (Soldatenarbeitszeitverordnung - SAZV)	BMVg	15 600	600	-15 000

Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse	BMEL	38	38	0
Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	BMF	15 600	-300	-15 900
Gesetz zur Reform der Pflegeberufe (Pflegeberufereformgesetz - PflBRefG)	BMG	10 223	9 665	-558
Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts	BMWi	20 010	0	-20 010
Gesetz zur Einrichtung eines Transplantationsregisters	BMG	901	286	-615
Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts	BMFSFJ	503	637	134
Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs	BMJV	-636	-636	0
Gesetz zur Neuregelung des Mikrozensus und zur Änderung weiterer Statistikgesetze	BMI	7 008	6 620	-388
Integrationsgesetz	BMI	6 726	3 597	-3 128
Verordnung zum Integrationsgesetz	BMI	4 169	34 081	29 911
Erste Verordnung zur Änderung der Tabakerzeugnisverordnung	BMEL	140	140	0
Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen - Bundesteilhabegesetz	BMAS	135 124	206 390	71 266
Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen	BMF	21 834	4 858	-16 976
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen	BMI	1 224	0	-1 224
Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	BMF	6 338	5 758	-580
Gesetz zur Umsetzung der Berufsanerkennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe	BMJV	317	255	-62
Gesetz zur Einführung einer Berufszulassungsregelung für gewerbliche Immobilienmakler und Verwalter von Wohnungseigentum	BMWi	99	254	155
Drittes Gesetz zur Änderung des Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes	BMVI	55	55	0
Gesetz zur Neuordnung der Aufbewahrung von Notariatsunterlagen und Einrichtung	BMJV	-88 973	-91 475	-2 502

des Elektronischen Urkundenarchivs bei der Bundesnotarkammer				
Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung	BMWi	1 616	1 068	-548
Drittes Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	BMJV	271	271	0
Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes	BMEL	2 045	0	-2 045
Gesetz über das Fahrlehrerwesen und zur Änderung anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	BMVI	744	1 797	1 053
Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises	BMI	-12 122	-17 261	-5 139
Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen, insbesondere über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz)	BMUB	4 306	6	-4 300
Zweites Gesetz zur Änderung des BDBOS-Gesetzes	BMI	92 200	76 930	-15 270
Gesetz zur Neuordnung des Rechts zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung	BMUB	9 130	9 299	169
Gesetz zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes	BMI	67 340	83 336	15 996
Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO)	BMWi	-183 086	-47 685	135 401
Erstes Gesetz zur Änderung des Europol-Gesetzes	BMI	2 750	3 904	1 154
Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen	BMEL	2 224	1 005	-1 219
Gesetz zur Fortschreibung der Vorschriften für Blut- und Gewebezubereitungen und zur Änderung anderer Vorschriften	BMG	115	4	-111
Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung	BMUB	3 952	383	-3 569
Verordnung über die Registrierung energiewirtschaftlicher Daten (MaStRV)	BMWi	1 359	3 972	2 613
Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9 BImSchV)	BMUB	0	0	0

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Neuregelung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wohngeldgesetzes (Wohngeld-Verwaltungsvorschrift - WoGVwV)	BMUB	-193	1 607	1 800
Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien- Gesetzes	BMWi	113	79	-34
Verordnung über die Führung einer Bundesstatistik nach dem Prostituiertenschutzgesetz (Prostitutions-Statistikverordnung - ProstStatV)	BMFSFJ	2 322	2 268	-55
Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften (Änderung des AsylbLG - Schaffung einer Rechtsgrundlage für einen Fingerscan) - Formulierungshilfe	BMAS	2 500	3 463	963
Verordnung zur Neufassung fahrlehrerrechtlicher Vorschriften und zur Änderung anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	BMVI	0	32	32
Zweite Verordnung zur Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung	BMG	4	4	0
Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes	BMI	-62 380	-2 213	60 167
Verordnung zur Neuordnung trinkwasserrechtlicher Vorschriften	BMG	-758	-758	0
Verordnung zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung (RbGeldERAV)	BMJV	-202	276	478
Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV)	BMJV		0	0
Verordnung zur Anrechnung von Upstream-Emissionsminderungen auf die Treibhausgasquote (Upstream-Emissionsminderungs-Verordnung - UERV)	BMUB	59	0	-59
Dritte Verordnung zur Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung und der InVeKoS-Verordnung	BMEL	-1 341	-1 812	-471
Verordnung zur Änderung der Makler- und Bauträgerverordnung	BMWi	10	22	13
Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung	BMG	-1 837	-506	1 331

Dritte Verordnung zur Änderung der Tabakerzeugnisverordnung	BMEL	500	500	0
Verordnung über die Finanzierung der beruflichen Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz sowie zur Durchführung statistischer Erhebungen (Pflegeberufeausbildungsfinanzierungsverordnung - PflAFinV)	BMG	283	283	0
Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz - PpSG)	BMG	-608	37 615	38 223
Verordnung über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt (Binnenschiffsuntersuchungsordnung - BinSchUO 2018) und sonstige schifffahrtsrechtliche Vorschriften	BMVI	12	12	0
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14 Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (Neufassung)	BMF	837	531	-307
Zweites Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU (2 DSAnpUG))	BMI	-23 154	-23 469	-314
Verordnung zur weiteren Modernisierung des Strahlenschutzrechts	BMU	5 201	6 232	1 031
Gesetz zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz - MietAnpG)	BMJV	19	19	0
Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung	BMFSFJ	6 906	1 292	-5 614
Zweite Verordnung zur Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung	BMI	5 892	-113	-6 005
Zweite Verordnung zur Änderung der Deutschsprachförderverordnung	BMAS	64	72	8
Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus	BMWi	335	-439	-774
Fachkräfteeinwanderungsgesetz	BMI	2 862	6 402	3 540
Gesetz zur Einführung einer Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis sowie zur	BMI	4 492	4 492	0

Änderung des Personalausweisgesetzes und weiterer Vorschriften				
Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz - StaFamG)	BMFSFJ	140 942	21 613	-119 329
Gesetz zur Änderung des Fahrlehrergesetzes	BMVI	4	74	70
Zweites Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz - 2 DAVG)	BMI	20 367	1 288	-19 080
Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung	BMG	326	130	-196
Sechsundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26 BAföGÄndG)	BMBF	8 960	-6 352	-15 312
Zweite Verordnung zur Änderung der Großkredit- und Millionenkreditverordnung	BMF	0	0	0
Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes	BMI	0	9 688	9 688
Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung	BMG	47 134	26 601	-20 532
Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II)	BMJV	71	71	0
Dritte Allg VV zur Änderung der Allg VV über die Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung von Hygienevorschriften für Lebensmittel und zum Verfahren zur Prüfung von Leitlinien für eine gute Verfahrenspraxis	BMEL	133	54	-79
Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen und zur Änderung weiterer Gesetze	BMJV	869	768	-102
Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	BMI	73 620	18 045	-55 575
Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern - Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz	BMAS	368	336	-31
Gesetz zur Neustrukturierung des Zollfahndungsdienstes	BMF	4 388	2 535	-1 853
Gesetz zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungsgesetz - WoGStärkG)	BMI	15 178	11 383	-3 795

Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs	BMJV	108	108	0
Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr und zur Änderung weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (eKFV)	BMVI	83	83	0
Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren	BMJV	0	0	0
Verordnung zur Änderung fahrlehrerrechtlicher und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	BMVI	-1 036	-1 036	0
Gesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie	BMF	4 125	4 319	194
Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	BMF	-92 310	-92 990	-680
Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz)	BMAS	-19 160	-11 653	7 507
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Preisstatistik	BMWi	888	629	-259
Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	BMVI	0	0	0
Gesetz zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung in der Kurier-, Express- und Paketbranche zum Schutz der Beschäftigten (Paketboten-Schutz-Gesetz)	BMAS	976	303	-674
Drittes Gesetz zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Drittes Bürokratieentlastungsgesetz - BEG III)	BMWi	145 518	144 119	-1 399
Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	BMF	20 952	10 733	-10 219
Gesetz zur Umsetzung der technischen Säule des vierten Eisenbahnpakets der Europäischen Union	BMVI	179	179	0
Verordnung zu den Innovationsausschreibungen und zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher Verordnungen	BMWi	0	17	17

Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht	BMF	4 840	4 840	0
Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude und zur Änderung weiterer Gesetze	BMWi	3 226	3 437	211
Gesetz über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen	BMU	4 466	5 551	1 085
Gesetz zur Durchführung der VO EU 2017/821 zur Festleg V Pflichten z Erfüllung d Sorgfaltspflichten i d Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen u Gold aus Konflikt- u Hochrisikogeb sowie zur Änderung des BBergG	BMWi	1 070	1 070	0
Verordnung zur Durchführung von § 14 Absatz 1 des Forschungszulagengesetzes	BMBF	35 000	8 581	-26 419
Erste Verordnung zur Änderung der Soldatenarbeitszeitverordnung	BMVg	-701	-701	0
Neunzehnte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung	BMG		0	0
Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz - GeolDG)	BMWi	3 792	7 752	3 960
Gesetz zur weiteren Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie im Hinblick auf ein einheitliches elektronisches Format für Jahresfinanzberichte	BMF/BMJV	100	100	0
Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz)	BMWi	9 658	4 633	-5 025
Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union	BMU	66 186	22 874	-43 312
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28 Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen	BMAS	68 722	67 875	-847
Gesetz zur Änderung des Verdienststatistikgesetzes	BMWi	1 263	141	-1 122

Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen (Grundrentengesetz)	BMAS	207 773	54 630	-153 142
Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität	BMJ	49 686	103	-49 583
Gesetz zur Fortentwicklung des Rechts des Pfändungsschutzkontos und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzes(Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz - PKoFoG))	BMJV	20	20	0
Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften (WEMoG)	BMJV	116	116	0
Zweites Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes	BMEL	7	79	72
Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung und anderer Vorschriften	BMEL	437	54	-383
AVV zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/2117 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken gemäß der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen in Bezug auf die Herstellung von organischen Grundchemikalien (OGC-VwV)	BMU	48	48	0
Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	BMJV	0	0	0
Achte Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung	BMAS	-74	-34	40
Formulierungshilfe zum Ersten Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und anderer Gesetze	BMWi	4 726	0	-4 726
Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen	BMI	-4 499	-4 569	-70
Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes	BMEL	152	422	269
Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (2 BMGÄndG)	BMI	-3 707	-3 624	82
Zweites Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur	BMF	0	0	0

Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz)				
Dritte Verordnung zur Änderung der Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationenverordnung	BMF	409	147	-262
Verordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtigen Sachverhalten im Immobilienbereich	BMF	2 128	2 098	-29
Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften	BMWi	2 377	366	-2 012
Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz - SanInsFoG)	BMJV	155	205	50
Untergesetzliche Regelung im Rahmen des Verwaltungsvollzugs zur Einführung des Kurzantrags auf Kinderzuschlag	BMFSFJ		-5 423	-5 423
Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag zum Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes	BMWi	1 121	348	-772
Gesetz zur Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken und zur Änderung anderer Statistikgesetze	BMWi	5 697	5 718	21
Zweites Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes	BMEL	870	772	-98
Formulierungshilfe zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften	BMWi		25	25
Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften	BMWi	52	-98	-150
Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen und zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen	BMU	0	0	0
Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen	BMFSFJ	80 434	80 553	119
Zweites Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme	BMI	197 277	24 363	-172 914

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2034 über die Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten	BMF	163	133	-30
Gesetz zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts	BMVI	67	67	0
Gesetz zur Neuregelung des Berufrechts der anwaltlichen und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe	BMJ	1 384	1 460	76
Gesetz zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes	BMJV	27	27	0
Gesetz zur Anpassung nationaler Regelungen an die Durchführungsverordnung EU 2019/947 der Kommission vom 24 Mai 2019 über die Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge	BMVI	1 106	3 516	2 410
Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger von Leistungen für Bildung und Teilhabe in der Sozialhilfe (Teilhabestärkungsgesetz)	BMAS	1 404	1 730	327
Gesetz über die Insolvenzsicherung durch Reisesicherungsfonds und zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften	BMJV	52	344	291
Erstes Gesetz zur Änderung des Umweltstatistikgesetzes und weiterer Gesetze	BMUV	1 385	1 323	-62
Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und der Einführung des Gesetzes über die Nutzung offener Daten	BMWi/BMI	8 479	6 402	-2 077
Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland ( ) und zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes	BMWi	2 794	3 003	209
Gesetz zur europäischen Vernetzung der Transparenzregister und zur Umsetzung der RL 2019/1153 des EP und des Rates vom 20 06 2019 zur Nutzung von Finanzinformationen für die Bekämpfung von Geldwäsche (Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz)	BMF	1 397	3 306	1 909
Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht	BMWi	8 279	3 592	-4 687

Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät	BMI	26 132	26 132	0
Gesetz zur Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters	BMI	-728	-763	-34
Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz - LobbyRG)	BMI	699	699	0
Viertes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	BMI	694	1 429	735
Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts	BMF	-67	-67	0
Verordnung über Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage durch den nationalen Brennstoffemissionshandel	BMU	9 051	2 401	-6 650
Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung	BMWi	1 258	2 524	1 266
Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter - Ganztagsförderungsgesetz	BMFSFJ	978	989	12
Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz	BMI	273	0	-273
Verordnung über verstärkte Sorgfaltspflichten bei dem Transfer von Kryptowerten (Kryptowertetransferverordnung)	BMF	157	0	-157
IT-Sicherheitsverordnung Portalverbund (ITSiV-PV)	BMI	19 137	19 137	0
Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung	BMAS	0	-183	-183
Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor	BMWK	40 904	40 904	0
Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zur Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung	BMWK	3 652	442	-3 210
Verordnung über die Registrierung von beruflichen Betreuern	BMJ	4	4	0
Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und anderer Gesetze	BMWK	20	3 175	3 154
Drittes Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften	BMI	10 847	10 847	0

Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Lebensmittelspezialitätengesetzes	BMEL	-606	-606	0
Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes	BMUV	7 794	7 794	0
Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden	BMJ	219 464	164 685	-54 778
Gesetz zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes zur Erhebung von Daten über antibiotisch wirksame Arzneimittel und zur Änderung weiterer Vorschriften	BMEL	1 713	-2 833	-4 546
Formulierungshilfe für ein Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften	BMWK	-20	-196	-176
Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz)	BMWSB	109 664	26 530	-83 134
Verordnung zur Umsetzung der Delegierten Richtlinie (EU) 2021/1269	BMF	883	861	-22
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland	BMG	3 650	3 650	0
Zweite Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung	BMG	50 901	50 901	0
Verordnung zum Neuerlass der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften	BMDV	-5 516	3 230	8 747
Gesetz zur Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes und des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes	BMDV	22	22	0
Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Gesetze	BMWK	4 583	4 583	0
Luftsicherheits-Schulungsverordnung (LuftSiSchulV)	BMI	609	0	-609
Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung	BMWK	934	934	0
Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz	BMJ	102	102	0

Quelle: Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Stand: 11. November 2026

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333